

QUARTALSBERICHT

**Projektland: Maghreb (Tunesien, Algerien,
Marokko)**

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN TUNESIEN

1. **Übergangsregierungen nach der tunesischen Revolution**
2. **Einsetzung von drei nationalen Kommissionen**
3. **Auflösung der Direktion für Staatssicherheit**
4. **Neue Parteienlandschaft in Tunesien**
5. **Besuch von Außenminister Westerwelle, der EU-Außenbeauftragten Ashton, UN-Generalsekretär Ki-Moon und US-Außenministerin Clinton**
6. **Flüchtlingsströme auf Lampedusa und im Süden Tunesiens**
7. **Wirtschaftlicher Verlust in den ersten drei Monaten von 4 Milliarden Euro**

Das tunesische Volk hat während der Jahreswende 2010/2011 in einer im arabischen Raum bis dahin einmaligen basisdemokratischen Revolution aus eigener Kraft das Regime des seit 23 Jahre herrschenden Staatspräsidenten Zine el-Abidine Ben Ali gestürzt. Die sozialen Unruhen, die am 17. Dezember 2010 mit der Selbstverbrennung eines arbeitslosen Jugendlichen ihren Lauf nahmen, kulminierten am 14. Januar 2011 in der Flucht des Präsidenten. Die Hauptursachen für die Protestbewegung waren unter anderem die hohe Arbeitslosenquote insbesondere unter Jugendlichen mit Hochschulabschluss, die schlechte wirtschaftliche Lage eines Großteils der Bevölkerung, die immer stärkere Unterdrückung der Freiheit und die ausufernde Korruption und der Machtmissbrauch der Präsidentenfamilie.

Die Zusammensetzung der ersten neuen Übergangsregierung, in der Schlüsselressorts mit RCD-Mitgliedern besetzt worden waren, stieß auf massive Ablehnung und Proteste der Bevölkerung und der Gewerkschaft UGTT. Premierminister Mohammed Ghannouchi, der bereits als Regierungschef unter Ben Ali gedient hatte, reagierte hierauf zunächst mit einer Kabinettsumbildung, durch die zentrale Ministerposten neubesetzt wurden. Nach andauernden massiven Protesten durch die Bevölkerung, bei denen es mindestens drei Tote und mehrere Verletzte gegeben hatte, trat schließlich Ghannouchi selbst zurück. Ende Februar wurde daraufhin der 84-jährige Jurist Béji

Caid Essebsi zum Premierminister ernannt, der während der Regierung Bourguibas mehrere Ministerposten inne gehabt hatte und als Botschafter Tunesiens in Paris und Bonn auf Posten war. Essebsi stellte nach einer erneuten Kabinettsumbildung die 22 Mitglieder der nunmehr dritten Übergangsregierung vor, von denen keiner als Politiker unter Ben Ali gedient oder der ehemaligen Regierungspartei RCD angehört hat.

Die Übergangsregierung unter Mohamed Ghannouchi hatte bereits Ende Januar drei nationale unabhängige Kommissionen eingesetzt; eine für politische Reformen, die zweite zur Untersuchung der Korruption und der Veruntreuung von Staatsgeldern, und eine dritte zur Ermittlung der Untaten und Verletzungen während der Revolten. Die Mehrheit der Mitglieder der Kommissionen sind Partner der Hanns-Seidel-Stiftung, so beispielsweise auch die Präsidenten der ersten beiden Kommissionen Prof. Yadh Ben Achour und Prof. Abdelfattah Amor. Die Kommission für politische Reform wurde zwischenzeitlich unbenannt in „Kommission zur Umsetzung der Ziele der Revolution, der politischen Reform und des demokratischen Übergangs“. Hauptaufgabe dieses Gremiums ist in der ersten Phase die Erarbeitung eines Sonderwahlgesetzes für die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung („assemblée constituante“), die sich wiederum mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung befassen wird. Nach dem bisherigen Zeitplan ist diese Wahl für den 24. Juli 2011 angesetzt. Zur politischen Legitimation wurde diesem Gremium neuerdings ein Rat beigegeben, der sich derzeit aus über 140 Vertretern politischer Parteien, von Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen sowie weiterer Mitglieder der Zivilgesellschaft zusammensetzt. In einem demokratischen Wahlverfahren, an dem alle politischen Richtungen teilgenommen haben, wurden die stellvertretende Vorsitzende, der Protokollführer sowie der offizieller Sprecher des Rates gewählt.

Ein bedeutender Schritt der Übergangsregierung zur beginnenden Aufarbeitung des Unrechts durch das alte Regime stellte die Auflösung der politischen Polizei dar. Anfang März verkündete das Innenministerium die Auflösung der Direktion für Staatssicherheit und einen Bruch mit allen Organisationsformen, die von ihrer Struktur oder Praxis einer politischen Polizei gleichen.

Im Berichtszeitraum hat sich die Parteienlandschaft in Tunesien im Zuge des demokratischen Übergangsprozesses radikal gewandelt. Seit der Revolution am 14. Januar sind etwa 100 Parteien gegründet worden. Zahlreiche Parteien, die während des alten Regimes verboten waren, wurden mittlerweile offiziell zugelassen. Die Zahl der zugelassenen Parteien beläuft sich bereits auf 54, wobei mit der Gründung weiterer Parteien in den kommenden Monaten zu rechnen ist. Die Partei des alten Regimes, die RCD („Rassemblement constitutionnel démocratique“), wurde durch letztinstanzliche gerichtliche Entscheidung am 28. März endgültig aufgelöst. Für großes Aufsehen und gemischte Gefühle in der Bevölkerung sorgte Ende Januar die Rückkehr des Islamistenführers Rached Ghannouchi, der nach über 20 Jahren im Exil aus London nach Tunesien zurückkehrte. Er wurde von tausenden seiner Anhänger am Flughafen Tunis empfangen. Seine Partei Ennahda wurde am 1. März offiziell zugelassen. Innerhalb der städtischen Bevölkerung ist die Sorge vor einem wachsenden Einfluss der Islamisten, die unter Ben Ali mit aller Härte verfolgt worden

waren, groß. Während Ghannouchi selbst recht gemäßigte Töne anzuschlagen scheint, so sind die Positionen und Absichten seines Stellvertreters Abdelfettah Mourou undurchsichtig.

Unmittelbar nach der tunesischen Revolution besuchten zahlreiche hochrangige Regierungsvertreter, Vertreter der UN und EU und anderen internationalen Organisationen das Land. Außenminister Guido Westerwelle war nach dem britischen Außenministers William Hague der zweite Regierungsvertreter eines EU-Landes, der Tunesien nach dem revolutionären Umsturz besuchte. Während seines eintägigen Besuches am 12. Februar sagte er dem Land die Unterstützung Deutschlands bei wirtschaftlichen und politischen Reformen zu. Deutschland habe zur Unterstützung des politischen Wandels in Tunesien einen ersten Entwicklungshilfefonds im Volumen von 3,25 Millionen Euro aufgelegt. Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton kündigte mehrere Unterstützungsmaßnahmen von Seiten der EU an, darunter die Unterstützung von Wahlen und die Förderung einer unabhängigen Justiz. Auch UN-Generalsekretär Ban Ki Moon besuchte das Land Mitte März und bot Tunesien die Unterstützung der Vereinten Nationen während des demokratischen Übergangsprozesses an, insbesondere bei den kommenden Wahlen, der Verfassungsreform, der Schaffung rechtsstaatlicher Strukturen und dem Menschenrechtsschutz. US-Außenministerin Hillary Clinton sagte Tunesien vor allem wirtschaftliche Unterstützung und versprach dabei insbesondere die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Tunesien ist derzeit mit zwei Flüchtlingssituationen konfrontiert. Zum einen haben nach dem Sturz von Zine el Abidine Ben Ali tausende, meist junge, arbeitslose Tunesier den vernachlässigten Grenzschutz im Land ausgenutzt, um mit Booten über das Mittelmeer auf die italienische Insel Lampedusa zu fliehen. Trotz Abriegelung mehrerer Küstenstreifen und verstärkten Kontrollen durch die tunesische Polizei und Nationalgarde dauert der Flüchtlingsstrom nach wie vor an. Die Europäische Union reagierte hierauf durch die Bereitstellung von 17 Millionen Euro Soforthilfe an Tunesien. Während immer mehr Flüchtlinge auf Lampedusa eintreffen, versuchen die italienischen Behörden, die Einwanderer in andere Teile Italiens zu bringen. Bei einem Treffen mit der tunesischen Übergangsregierung kündigte Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi den Aufbau einer italienisch-tunesischen Kommission an, die sich mit dem Flüchtlingsproblem befassen soll. Auch er versprach Tunesien finanzielle Hilfen, damit das Land seine Küsten vor illegalen Überfahrten nach Europa wirksam schützen könne. Zudem erklärte der italienische Innenminister Roberto Maroni, dass sein Land tunesischen Flüchtlingen eine vorläufige „humanitäre“ Aufenthaltserlaubnis gewähren werde, die es ihnen ermögliche auch in andere „Schengen“-Länder einzureisen. Er betonte dabei jedoch, dass künftige Flüchtlinge aus Tunesien nicht mehr aufgenommen, sondern in ihr Heimatland zurückgeschickt würden.

Zum Anderen ist Tunesien seit dem Beginn der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern Gaddafis und Rebellengruppen mit einem massenhaften Flüchtlingsstrom aus Libyen insbesondere am tunesisch-libyschen Grenzübergang Ras Jdir konfrontiert. Nach Angaben der Vereinten Nationen haben nahezu 400.000

Menschen, größtenteils ausländische Gastarbeiter, Libyen seit dem Beginn der Kämpfe über die Grenzen Tunesien, Ägyptens, des Tschad und Nigers verlassen. Der UN-Koordinator für humanitäre Angelegenheiten für Libyen, Rachid Khalikov, lobte die tunesischen Autoritäten, die Armee und die Bevölkerung für die unverzügliche humanitäre Hilfe und Solidarität, die sie den Flüchtlingen aus Libyen zukommen lassen. Er rief zudem die Weltgemeinschaft auf, Tunesien bei der Bewältigung der humanitären Krise an den Grenzen zu Libyen zu unterstützen.

Die tunesische Wirtschaft hat im ersten Quartal einen erheblichen wirtschaftlichen Verlust in Höhe von etwa 4 Milliarden Euro erlitten. Einer der Hauptfaktoren ist das Ausbleiben von Einnahmen aus dem Tourismussektor, da einerseits nach den Reisewarnungen die Touristen ausblieben und andererseits ein libyscher „Gesundheitstourismus“ wegen den bürgerkriegsähnlichen Unruhen nicht mehr möglich war. Während in den Monaten Januar und Februar der Auslastungsgrad der tunesischen Hotels bei lediglich etwa 6% lag, so wird selbst für die Sommermonate mit einem Rückgang der Hotelbuchungen um 50% gerechnet. Aber auch der spürbare Rückgang der Auslandsinvestitionen, der in den ersten beiden Monaten 21,7% betrug, trägt zur Verschlechterung der Wirtschaftslage bei. Hinzu kommen die gestoppten Exporte nach Libyen. Die gesamten tunesischen Exporte sanken im ersten Quartal um rund 25%.

SCHLAGZEILEN ALGERIEN

1. **Anhaltende soziale Proteste**
2. **Aufhebung des 19 Jahre geltenden Ausnahmezustands**
3. **Präsident Bouteflika kündigt politische Reformen an**
4. **Kabinettsumbildung Mittel April erwartet**
5. **Anstieg des Handelsüberschusses und neues Investitionsprogramm von Sonatrach**

Den seit Monaten anhaltenden Protesten in den großen Städten des Landes begegnet die Regierung in Algier bislang stets mit einem massiven Polizeiaufgebot. Erste Proteste hatten sich Ende 2010 an den stark steigenden Preisen für Grundnahrungsmittel entzündet. Unter dem Eindruck der Ereignisse in Tunesien, Ägypten und Libyen hatte sich auch in Algerien der Widerstand gegen das Regime und die sozialen Missstände im Land formiert. Seit Beginn des Jahres gibt es fast täglich Demonstrationen, Streiks und Sit-ins im ganzen Land. Zahlreiche Demonstrationen wurden gewaltsam durch die Polizei aufgelöst, wobei es mehrere Tote und hunderten Verletzte gegeben haben soll. Als Reaktion auf diese Bewegung und der Angst vor einem Machtverlust, kündigte 74-jährige Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika Anfang Februar die Aufhebung des am 9. Februar 1992 verhängten Ausnahmezustands auf. Die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands war bislang mit dem Kampf gegen den Terrorismus begründet und ermöglichte der Regierung erhebliche Eingriffe in

politische und bürgerliche Rechte, insbesondere in die Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Am 24. Februar wurde der Ausnahmezustand durch eine Veröffentlichung eines entsprechenden Dekrets im Amtsblatt offiziell aufgehoben.

Angesichts der zunehmenden sozialen Spannungen in Algerien kündigte der algerische Staatschef etwa einen Monat später weitgehende politische Reformen an. Anlässlich des 49. Jahrestages des Waffenstillstands nach dem Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich ließ Bouteflika bei den Feierlichkeiten am 20. März seine erste öffentliche Rede seit 2009 von einem Sprecher verlesen. Darin kündigte er an, er wolle ein neues Kapitel in seinem Land aufschlagen. Höchste Priorität habe die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Wohnungsnot. Dies sei nicht ohne politische Reformen möglich. Der Staatspräsident hat für den 16. April eine Rede an das Volk angekündigt, in der er Einzelheiten zu den angestrebten politischen Reformen darlegen wird. Es wird zudem mit einer umfassenden Kabinettsumbildung gerechnet.

Algerien hat in den ersten beiden Monaten des Jahres 2011 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres einen Anstieg des Handelsüberschusses von 36% zu verzeichnen. Der Ausfuhrhandel beträgt knapp 10,5 Milliarden US-Dollar und ist damit um 12,8 % angestiegen. Die Gesellschaft Sonatrach hat in ihrem Investitionsprogramm für den Zeitraum 2011 – 2015 angekündigt, dass in den fünf Jahren insgesamt 44 Milliarden Euros in die Entwicklung des Kohlenwasserstoffsektors investiert werden soll. Darin sind unter anderem der Ausbau von 800 Förderquellen in der Sahara und Off-shore sowie die Errichtung neuer Raffinerien in Algerien vorgesehen.

SCHLAGZEILEN MAROKKO

- 1. Weitgehend friedliche Protestbewegung in Marokko**
- 2. König Mohammed VI. kündigt in historischer Rede fortgeschrittene Regionalisierung und Verfassungsänderungen an**
- 3. Einberufung einer ad-hoc Kommission zur Überarbeitung der Verfassung**
- 4. Umbruch der politischen Szene und Beteiligung der Parteien an Debatten zu Verfassungsänderungen**
- 5. Bedeutende Wirtschaftsdelegation zu Besuch in Marokko**

Der Berichtszeitraum ist von der großen Protestbewegung, die in der ganzen arabischen Welt zum Ausdruck kommt, geprägt und betrifft auch Marokko. Im Unterschied zu den anderen Ländern verläuft diese Bewegung bis jetzt friedlich.

Sie begann am 20.02.2011 nach dem Facebook-Aufruf einer Gruppe junger Blogger, die sich "Le rassemblement du 20 février pour le changement" (Der Zusammenschluss vom 20. Februar für den Wandel) nennen. 37.000 Teilnehmern nach den offiziellen

Angaben, 300.000 nach den Angaben der Veranstalter haben sich in den meisten der großen Städte Marokkos zusammengefunden. Tief greifende Veränderungen auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene wurden eingefordert ohne jedoch die Monarchie in Frage zu stellen. Unter den Demonstrierenden befanden sich – außer den jungen Leuten – auch Islamisten und Vertreter der äußersten Linken. Zum ersten Mal konnte sich die Bevölkerung ganz frei auch vor den öffentlichen Medien äußern. Der friedliche Charakter dieser Demonstration und die diskrete Anwesenheit der Ordnungskräfte wurden auch von internationalen Medien hervorgehoben.

Am folgenden Tag bestand die erste Maßnahme des Königs darin, den Rat für Wirtschaft und Soziales (CES) zu aktivieren, indem er Herrn Chakib Benmoussa – einen früheren Innenminister – zum Präsidenten dieser Instanz ernannte und auch die etwa 100 Mitglieder dieser Instanz berief, darunter einen Partner der Hanns Seidel-Stiftung: Herrn Lahcen Oulhaj, Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät Agdal-Rabat.

Im Verlauf der drei auf die Demonstration vom 20.02.2011 folgenden Wochen haben in unterschiedlichen Städten des Landes verschiedene Versammlungen oder kleinere Demonstrationen (mit etwa rund 100 Teilnehmern) stattgefunden, die – abgesehen von einigen, allerdings nicht sonderlich ausufernden Auseinandersetzungen – relativ friedlich verlaufen sind.

Die zweite, nach der Demonstration vom König ergriffene Maßnahme war am 03.03.2011 die Einsetzung des Nationalrates für Menschenrechte, der das im Jahre 1990 geschaffene Beratungsgremium für Menschenrechte ersetzt. Herr Driss El Yazami, der Vorsitzende dieser Instanz, ist ein anerkannter Menschenrechtsaktivist, der in den neunzehnhundertsiebziger Jahren in den Rängen der extremen Linken aktiv und bislang Vorsitzender des Rates der Gemeinschaft im Ausland lebender Marokkaner war. Diese beiden Maßnahmen reichten aber bei Weitem nicht aus, um den Unmut des Volkes zu beruhigen.

Am 09.03.2011 hat König Mohammed VI. eine historische, vom Volk erwartete Rede gehalten, in der er die Durchführung einer fortgeschrittenen Regionalisierung ankündigt. Für dieses Vorhaben war am 03.01.2010 eine Sonderkommission geschaffen worden, die einen Vorschlag für eine spezifische marokkanische Form der fortgeschrittenen Regionalisierung ausarbeiten sollte. Die Kommission hatte den am 11.03.2011 veröffentlichten Bericht bereits Ende Dezember 2010 dem Palast übergeben. Alle Akteure – Zivilgesellschaft, politische Parteien, Gewerkschaften, Wissenschaftler – sind nun aufgefordert, über das Projekt zu beraten und Vorschläge zu machen.

Dieses neue Projekt soll insbesondere in direkter demokratischer Wahl gewählte Regionalräte vorsehen, die ihrerseits einen Präsidenten der Region anstelle von ernannten Walis (Präfekt) wählen. Die Frauen sollen stärker in die Verwaltung der

regionalen Angelegenheiten und in das allgemeine politische Leben eingebunden werden.

Dieses Projekt einer fortgeschrittenen Regionalisierung führt darüber hinaus zu einer tief greifenden Überarbeitung der Verfassung, die ebenfalls im Verlauf der Ansprache angekündigt wurde. Darin sollen die Grundlagen eines demokratischen Rechtsstaates gestärkt werden, d.h. die Gewaltenteilung und das Gleichgewicht der Kräfte, die Unabhängigkeit der Justiz sowie die Stärkung der Rolle und der Entscheidungsbefugnisse der gewählten Instanzen - insbesondere des Parlaments und der Regierung, an deren Spitze ein Premierminister stehen soll, der nicht mehr vom König ernannt werden, sondern aus der Partei hervorgehen soll, die im Abgeordnetenhaus die Mehrheit erlangt hat.

Die Überarbeitung der Verfassung wird auf der Grundlage einer Volksabstimmung stattfinden und die in der Rede angekündigte ad hoc-Kommission zur Überarbeitung der Verfassung ist am 10.03.2011, also am Tag nach der Ansprache einberufen worden.

Herr Prof. Abdellatif Mennouni, ein Partner der Hanns Seidel-Stiftung, steht der Konsultativkommission zur Überarbeitung der Verfassung vor. Er war rund 15 Jahre lang Vorsitzender des marokkanischen Vereins für Verfassungsrecht (AMDC), einem Partner der Stiftung. Der Beirat setzt sich aus 18 Mitgliedern zusammen, unter denen mehrere Partner der Hanns Seidel-Stiftung zu nennen sind: Prof. Abdelaziz Lamghari, amtierender Vorsitzender des AMDC; Prof. Najib Ba Mohamed, Vizepräsident des AMDC; Prof. Nadia Bernoussi, die im Dezember 2010, beim letzten Weltkongress des AIDC (Internationaler Verband für Verfassungsrecht) in Mexiko zur Vizepräsidentin dieser Vereinigung ernannt wurde und darüber hinaus Mitglied des AMDC und des RADC (Afrikanisches Netzwerk für Verfassungsrecht) ist; Prof. Lahcen Oulhaj, Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät von Agdal / Rabat, seit kurzem auch Mitglied des Rates für Wirtschaft und Soziales (CES); Prof. Mohamed Berdouzi, Professor an der rechtswissenschaftlichen Fakultät von Agdal / Rabat.

Es ist hervorzuheben, dass diese Kommission, die ausschließlich aus marokkanischen Verfassungsrechtlern und Experten gebildet ist, im Unterscheid zu den vorigen Verfassungsänderungen, einen reinen marokkanischen Entwurf zur Änderung der Verfassung erarbeiten wird.

Diese Rede wurde einmütig – von allen marokkanischen Akteuren und von der internationalen Presse – mit großem Enthusiasmus aufgenommen. Sie war darüber hinaus von einer starken symbolischen Kraft geprägt, da an der Seite des Königs erstmals sein Sohn erschien. Dieser nahm den Platz zu seiner Rechten ein, den bis dahin bei offiziellen Ansprachen stets der Bruder des Königs innehatte, wodurch die Kontinuität der Monarchie verdeutlicht wurde.

Im Gegensatz zu Tunesien und Ägypten hat die Protestbewegung die marokkanische Wirtschaft bislang nicht erheblich beeinträchtigt, lediglich der Tourismussektor hat einen leichten Rückgang zu verzeichnen.

Der Autor Dr. Jürgen Theres ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Tunis, Tunesien

Beitrag unter Mitarbeit von Juliette Borsenberger, Christina Kerll

IMPRESSUM

Erstellt: 11.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de